Vergewaltigungen

Schärferes Gesetz

Mehrere Landesregierungen fordern strengere Gesetze gegen Vergewaltigung. Das ergab eine Umfrage von Bundesjustizminister Heiko Maas (SPD) unter seinen Länderkollegen, von denen etliche parteiübergreifend Zustimmung zu einer Reform signalisierten. Der geltende Vergewaltigungstatbestand „greift zu kurz“, antwortete etwa die grüne niedersächsische Justizministerin Antje Niewisch-Lennartz. Auch Sex ohne Gewaltandrohung oder Gegenwehr „gegen den Willen des Betroffenen“ sei strafwürdig. Für eine Reform des Vergewaltigungsparagrafen sind auch ihre Amtskolleginnen aus Hessen, Eva Kühne-Hörmann (CDU), und Mecklenburg-Vorpommern, Uta-Maria Kuder (CDU). Diese hat eine entsprechende Beschlussvorlage für die Justizministerkonferenz vorbereitet, die in dieser Woche in Berlin tagt. Maas selbst steht dem Vorhaben skeptisch gegenüber. Seine Haltung wird gestützt von den Justizbehörden: In vielen Antworten zu der Umfrage, etwa denen aus Bayern und Baden-Württemberg, heißt es, Richter und Staatsanwälte sähen keinen Bedarf für schärfere Gesetze. ama

Gorbatschow, Honecker 1989 in Ostberlin

Zeitgeschichte

Sollte die Mauer schon 1987 fallen?

Kreml-Chef Michail Gorbatschow und Außenminister Eduard Schewardnadse schlugen bereits 1987 Erich Honecker vor, „die Mauer abzureißen“. Das geht aus Notizen eines engen Mitarbeiters von Schewardnadse hervor. Zur ostdeutschen Haltung schrieb er: „Scharfe Reaktion unserer Freunde auf diese Idee“. Der Historiker Wladislaw Subok von der London School of Economics hat den Eintrag entdeckt. Das Dokument stammt vom 30. Mai. Schewardnadse war gerade mit Gorbatschow aus Ostberlin zurückgekehrt. Wenige Tage später erklärte Gorbatschow im Politbüro, es sei „nötig, sich in den Beziehungen mit der BRD auf ungewöhnliche Dinge einzulassen“. Die Details des Vorschlags sind unklar. Gorbatschow will sich nicht äußern, die anderen Beteiligten sind verstorben. Möglicherweise wollten die Sowjets den Amerikanern mit einen Propagandacoup zuvorkommen. Sie begründeten ihren Vorschlag mit dem anstehenden Besuch von US-Präsident Ronald Reagan in Westberlin („Reagan könnte die deutsche Einheit thematisieren“). Reagans Berater stritten damals, ob der US-Präsident Gorbatschow auffordern solle, die Mauer abzureißen. Womöglich hat der sowjetische Geheimdienst davon erfahren. Am Ende war es Reagan, der am 12. Juni 1987 verlangte: „Mr Gorbachev, tear down this wall.“ klw

Verteidigung

Von der Leyen wird ihr Geld nicht los

Das Verteidigungsministerium ist immer weniger in der Lage, seine Haushaltsgelder in geplante Rüstungsprojekte zu investieren. Das geht aus Zahlen hervor, die Ministerin Ursula von der Leyen (CDU) in dieser Woche dem Haushaltsausschuss des Bundestags vorlegen wird. Seit 2011 wurden rund 2,6 Milliarden Euro nicht ausgegeben, weil Rüstungsprojekte nicht realisiert wurden. Teilweise floss das Geld an das Finanzministerium zurück, weil die Bundeswehr kaum Ersatzprojekte fand. Waren es in den Jahren 2011 und 2012 noch 454 Millionen Euro, die alternativ verwendet werden konnten, so sank die Summe 2013 auf nur noch 74 Millionen. Im laufenden Jahr konnten bislang lediglich 36 Millionen ausgegeben werden. „Diese Zahlen zeigen einmal mehr, dass wir es im Verteidigungsministerium nicht mit einem Geld-, sondern einem Managementproblem zu tun haben“, kommentiert der Grünen-Haushälter Tobias Lindner. gt

Waffen

Sig Sauer in Not

Der Skandal um dubiose Waffenlieferungen des Pistolenherstellers Sig Sauer bringt dessen Stammwerk in Eckernförde in wirtschaftliche Not. Die Staatsanwaltschaft Kiel ermittelt gegen den Traditionshersteller, nun liegt auch eine Strafanzeige von Friedensaktivisten gegen das Unternehmen vor, das die Vorwürfe bestreitet. Das Bundesamt für Ausfuhrkontrolle nimmt derzeit eine Zuverlässigkeitsprüfung von Sig Sauer vor, währenddessen herrscht ein kompletter Exportstopp. Dadurch kommt es seit Wochen zu Kurzarbeit. Auf einer Belegschaftsversammlung kündigte nun die Geschäftsleitung Stellenstreichungen an. Das kann der Auftakt zum endgültigen Produktionsstopp am Standort sein. Gegenüber einer amerikanischen Zeitschrift ließ der Chef der US-Schwesterfirma, Ron Cohen, verlauten, man wolle in absehbarer Zeit sämtliche Waffen in den USA herstellen. gt

FOTOS: WOLFGANG KUMM / DPA (L.); PATRICK PLEUL / DPA (R.)